

Die Problematik des Verteilungsstaates

I

Das Budgetrecht, die öffentliche Haushaltskontrolle ist die historische und sachliche Wurzel der parlamentarischen Demokratie. Sie wuchs aus der Überzeugung der Staatsbürger, dass der Staat die Neigung hat, zu viel Geld auszugeben und es daher notwendig ist, ihm auf die Finger zu sehen. Das Bewilligungsrecht stand darum im Mittelpunkt des parlamentarischen Lebens und war die Kardinalaufgabe der Volksvertretung.

Seit den dreissiger Jahren hat sich in den Vereinigten Staaten der alte Sinn in sein Gegenteil verkehrt. Infolge einer vollkommenden Perversion der demokratischen Grundidee fordern die Volksvertreter die Regierung auf, die Staatsausgaben zu erhöhen, während die Regierung häufig versucht, die Ausgabenlust der Volksvertreter zu bremsen. Unter den Wählern herrscht nun die Auffassung, dass der Staat für die Wohlfahrt aller seiner Bürger verantwortlich ist. Jeder ist überzeugt, dass der Staat ihm weit mehr schuldet als er ihm wirklich zuteilt. Aber es ist wahrscheinlich der elementarste Grundsatz der politischen Ökonomie, dass der Staat über keine unabhängigen Einkommens- und Vermögensquellen verfügt, die die Kosten der Wohlfahrtsleistungen bestreiten können. Er kann nur das ausschütten was er den Steuerzahlern und Inflationsoffern zwangsweise entzieht. Dabei ist die Nettoverteilung noch geringer als die Einnahme, da die Bürokratie doch einen beträchtlichen Teil des Einkommens verzehrt.

In der ersten Generation des Verteilungsstaates hält man es noch für möglich, die Staatsausgaben vorwiegend durch Besteuerung der Kapitalisten und Unternehmer zu decken. Progressive Besteuerung der Einkommen und Nachlasse der "Reichen" beschafft die Mittel für

die "werktätigen" Klassen und Schichten. Die Einkommenssteuer ist die "Idealsteuer," die alle wichtigen Grundsätze der Besteuerung weitgehendst verwirklichen lässt. Man spricht von dem Prinzip der "Gerechtigkeit" oder "Leistungsfähigkeit" der Unternehmer und Kapitalisten und von einer gleichzeitigen Erreichung der sozialpolitischen Zielsetzung, den Abbau der höheren Einkommen. Die Steuer wird somit ein Mittel zur Verminderung der Ungleichmässigkeit der Einkommensverteilung, zu einer entsprechenden "Verbesserung" der aus dem freien Tauschverkehr und tauschwirtschaftlichen Einkommensbildungsprozess hervorgehenden Einkommensverteilung, zu einer Andersverteilung oder "Redistribution."

Der amerikanische Verteilungspolitiker wirbt um die Stimmen der Wähler mit Versprechungen und Leistungen. Er verspricht den Wählern, dass er sich für den Bau eines neuen Flugplatzes oder neuer Altersheime einsetzen werde. Er verspricht ihnen eine Verbesserung der Sozialversicherung, öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Es wird als selbstverständlich angenommen, dass die Unternehmer alles bezahlen werden.

Hat einmal die Verteilungsgesellschaft das Unternehmereinkommen fast in Anspruch genommen, kann man von dieser Methode nicht mehr viel erwarten. In den Vereinigten Staaten stand der Höchstsatz der Einkommenssteuer jahrelang auf 91 Prozent, der Körperschafts- oder Gesellschaftssteuer auf 51 Prozent, und der Erbschaftssteuer auf 77 Prozent des Vermögens. Selbst wenn alle Einkommen über \$25,000 und alle Nachlasse vollständig konfiskiert würden, könnte man alle Staatsausgaben nicht mehr bestreiten. Das Verlangen nach

wirtschaftlicher Hegung und Verteilung ist einfach zu gross. Der Mensch erwartet und verlangt von seinem Staate "soziale Sicherheit," Schutz vor den materiellen Folgen des Alters, vor Krankheit oder Arbeitslosigkeit; der Staat soll Wohnungen bauen, die Kinder erziehen und die Kultur pflegen. Das Ergebnis ist wachsendes Defizit, wachsende Inflation. Der Verteilungsstaat kann schliesslich ohne Inflationismus nicht mehr bestehen.

Es ist die charakteristische Eigenschaft des voll entwickelten Hegungsstaates, dass die Ausgaben noch beträchtlich erweitert werden, während die Steuerlast der Wählermasse gesenkt wird. Heute diskutiert man in den Vereinigten Staaten nur noch die Art und Weise der nötigen Steuernachlässe und übersieht einfach die wachsenden Defizite, die in dieser Dekade allein wahrscheinlich \$300 Milliarden überschreiten werden. Infolgedessen beschleunigt sich die Inflation und treibt auf eine Katastrophe zu. Hemmungslose Inflation muss schliesslich zum Zusammenbruch des Geldwesens führen.

Die Behandlung nationalökonomischer Probleme wird von den Politikern als sittliches, nicht als logisches Problem angesehen. Es kommt auf die richtige soziale Gesinnung an, nicht auf Wissen und Erkenntniss. Dass das Streben nach Wahrheit und Wirklichkeit auch einen ethischen Wert hat, daran denkt der "Realpolitiker" nicht. Aber darin liegt die grundsätzliche Problematik des Verteilungsstaates: seine Anhänger haben nicht den Mut, logisch und wahrhaft zu sein. Von den populären sozialen Lehren abzuweichen erscheint ihnen als moralisch bedenklich. Darum halten sie es für überflüssig oder sogar anstössig, auf die Gedankengänge der kritischen Theoretiker einzugehen oder gar den Versuch zu machen, ihre Beweisführung zu

widerlegen. Die Verteilungspolitiker verfangen sich so in unlösbare Diskrepanzen zwischen ihren Idealen und der Wirklichkeit.

II

Zweifellos ist das vorschwebende Ideal und Verlangen nach Gleichheit ein ethisches Ideal. Seine Verwirklichung ist aber nicht nur mit einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unvereinbar, sondern widerspricht auch dem Grundzug der menschlichen Natur. Alle Menschen sind verschieden, und bei gleicher Behandlung muss eine materielle Ungleichheit die Folge sein. Gleichheit vor dem Gesetz und wirtschaftliche Gleichheit sind nicht nur grundverschiedene Begriffe, sondern sie widersprechen einander. Wir müssen das eine oder das andere wählen und können nicht beides gleichzeitig zuwege bringen.

Die arbeitsteilige Wettbewerbswirtschaft beruht auf der Gleichheit der allgemeinen Gesetzes- und Verhaltensregeln. Sie ist diejenige Daseinsform, die das Maximum der Güterproduktion mit dem Optimum an Freiheit, d.h. Selbstverantwortung des Menschen verbindet. Ihre moralische Basis ist das Wettbewerbsprinzip, das die Menschen zwingt, die Interessen ihrer Mitmenschen zu achten. Freiheit ist nicht Gesetzlosigkeit. In der Wettbewerbsordnung hat derjenige den grössten Erfolg und erringt den schnellsten wirtschaftlichen Aufstieg, der seinen Mitmenschen die begehrtesten Dienste zu erweisen versteht. In seinem eigenen Interesse ist jeder dazu gezwungen, die Interessen der Mitmenschen zu beachten. Derjenige der nur an sich selber denkt gefährdet seine eigene Existenz und geht in aller Regel rasch zugrunde. Hier liegt das soziale Positivum der Wettbewerbsordnung.

Die Verteilungsideologen verwechseln den Wettbewerb mit

Gesetzlosigkeit. Sie verwerfen einfach die Theorie der Interessenharmonisierung, die von den Philosophen und Nationalökonomen des 18. Jahrhunderts formuliert wurde und deren Wurzeln bis ins Altertum zurückgehen. Sie halten starr an dem uralten Aberglauben, dass nur eine obrigkeitliche Reglementierung die Interessenangleichung zwischen den Menschen erzielen kann. Für sie ist es ein Axiom der sozialen Gerechtigkeit, dass eine solche Angleichung nur darin besteht und nur dadurch verwirklicht werden kann, dass der Staat die Einkommen zwangsweise "umverteilt." Die Manipulation des Volkseinkommens ist eine der wichtigsten Instrumente des Sozial-Staates.

Das Ideal der sozialen Gerechtigkeit oder Verteilungsgerechtigkeit soll auf dem Wege der demokratischen Willensbildung erreicht werden. Aber man kann sich schwer vorstellen, wie der politische Prozess Übereinstimmung darüber schaffen kann, wie die Verteilung wünschenswert, sozial gerecht und moralisch vorgehen soll, es sei denn, dass die Vertreter der Mehrheit in der gesetzgebenden Körperschaft jedem Mitglied der Gesellschaft seinen Platz in der Einkommensskala zwangsläufig zuweisen. Die Verteilungsgerechtigkeit ist somit das Prinzip einer hierarchisch geordneten Gesellschaft, in der jedem seine Aufgaben und Pflichten von den Mehrheitspolitikern vorgeschrieben werden und sein Verdienst von Vorgesetzten beurteilt wird.

In allen Versuchen, eine distributive Gerechtigkeit durch den politischen Prozess zu verwirklichen, liegt, wie die Erfahrungen unseres Jahrhunderts beweisen, an sich schon eine konstitutionelle Neigung zur totalitären Ordnung. Der Einzelmensch muss sich den Ansprüchen des Kollektivs unterordnen, bis der vom Staate

angestrebte gemeinsame Erfolg erzielt ist. Die Vertreter des Kollektivs verlangen und erzwingen die Unterordnung und beurteilen die Verdienste aller Untertanen. Während sie Aufgaben und Pflichten vorschreiben, die Entlohnung bestimmen und die Wirtschaft ihrer Mitmenschen diktatorisch leiten, reden sie unermüdlich von der Verteilungsgerechtigkeit und dem demokratischen Gleichheitsprinzip. Sie rühmen die Umverteilungsordnung und fördern dabei die totalitäre Ordnung.

III

In der Geschichte der Menschheit ist der Verteilungsapparat noch niemals zu solchen Dimensionen angewachsen wie in unserer Zeit. Die sozialen Aufgaben sind noch niemals so umfänglich gewesen wie heute, und der finanzielle Aufwand niemals so hoch. In den Vereinigten Staaten verschlingen die Kosten der steuerlichen Umverteilung durch den Bund, die Staaten und Gemeinden heute mehr als dreissig Prozent des Volkseinkommens. Wenn man dazu noch die Einkommens- und Vermögensumverteilung, die sich infolge der Inflation vollzieht, berücksichtigt, so kommt man auf eine Belastung, die für die produktiven Volksschichten häufig die Hälfte des persönlichen Einkommens überschreitet.

Dennoch ist es dem Verteilungsstaate noch nicht gelungen, eine bedeutungsvolle Verminderung der Ungleichmässigkeit der Einkommensverteilung zu erzielen. Die menschliche Ungleichheit an Fähigkeit, Fleiss und Sparsamkeit widersteht allen politischen Versuchen, die materielle Ungleichheit zu reduzieren. Die progressiven Steuerabgaben, zum Beispiel, veranlassen die Unternehmer kaum, ihre Verbrauchsausgaben einzuschränken. Für neue Belastungen mag das nicht immer zutreffen, aber unsere Erfahrungen bestätigen

doch, dass eine übersteigerte Einkommensteuer die Verbrauchsausgaben der Unternehmer auf die Dauer nicht schmälert, sondern sogar zu ihrer verschwenderischen Steigerung Veranlassung gibt. Diese Tendenz tritt zwangsläufig ein, wenn z.B. der Nettogewinnzusatz, den man durch höhere Leistung erzielen kann, nur auf einen kleinen Teil des zusätzlichen Bruttogewinnes beläuft. Eine Erhöhung der Verbrauchsausgaben, soweit man sie als "Betriebsausgaben" verbuchen kann, ist der beste Weg zur Steuerumgehung und zur Erzielung des grössten Realgewinnes. Die übersteigerte Gewinnbesteuerung lenkt somit das Streben der Unternehmer zwangsläufig auf eine Gewinntarnung in persönlichen und innerbetrieblichen Verbrauchsausgaben. Sie züchtet damit nicht nur eine verschwenderische Steigerung der persönlichen Ausgaben, sondern verursacht auch eine Vergrösserung der Einkommensunterschiede und der materiellen Ungleichheit.

Günter Schmolders hat sich durch solche finanzpsychologischen Forschungen grosse Verdienste um unsere Wissenschaft erworben. In zahlreichen Aufsätzen und Abhandlungen hat er deutlich darauf hingewiesen, dass sich mit der Besteuerung eine Reihe wichtiger und teils schwieriger Probleme verknüpfen. Seine Belastungsanalysen haben die Fragestellung nicht nur auf die sogenannten Quasisteuern und den "versteckten öffentlichen Bedarf," sondern auch auf das menschliche Handeln ausgedehnt. Damit hat er die Finanzwissenschaft immer wieder auf die Grundprobleme der Nationalökonomie zurückgeführt.

Die feste Grundlage seiner Finanzpsychologie ist die subjektivistische Wertlehre und das Bewusstsein der Gesetzmässigkeit im

Ablauf der Markterscheinungen. Für ihn ist es nicht Aufgabe und Beruf unserer Wissenschaft, Werturteile zu fällen. Doch ist es ihre wichtige Aufgabe, uns darüber zu belehren, ob die Mittel, die zur Erreichung eines Zieles eingesetzt werden sollen, zweckmässig sind oder nicht. Das heisst, die Nationalökonomie muss die Mittel und Wege, die zur Erreichung bestimmter Ziele angewendet werden können, prüfen. Insbesondere muss sie die Mittel der Sozialpolitik logisch und theoretisch prüfen. Wir müssen fragen: sind sie zweckmässig, und welche Folgen ergeben sich aus ihrer Anwendung? Schmölders beweist unwiderlegbar, dass viele Umverteilungsmassnahmen unzweckmässig sind und häufig unerfreuliche oder sogar gegenteilige Folgen haben.

IV

Das Steuerwesen ist ein scharfes Instrument der politischen und ökonomischen Reform. Es kann die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsordnung so fesseln und verstümmeln, dass sie nicht mehr funktioniert und keinen zufrieden stellt. Schliesslich wollen die Menschen sie abschaffen, weil sie im Sozialismus Ausweg und Erleichterung erblicken. In den häufig zitierten Worten des berühmten amerikanischen Bundesrichters John Marshall: "Die Macht der Steuer ist die Macht der Zerstörung." Edmund Burke, der englische Philosoph und Staatsmann, faste es vor fast 200 Jahren in diese Worte: "Die Besteuerung ist eine einfache Sache. Jeder Träumer kann neue Auflagen erfinden, und jeder Pfuscher kann neue Steuern auf die alten legen. Aber ist es wirklich so weise, keine anderen Grenzen zu beachten als die Geduld der Steuerzahler?"

Der Hegungsstaat will die wirtschaftliche Lage der Schwachen und Armen verbessern. Aber das Steuerwesen, das die Verteilungsmittel aufbringen soll, verschlimmert häufig ihre Notlage, da es doch meistens die Güterproduktion belastet. Die Gewerbesteuern, die Kapitalrentensteuern, die Vermögenssteuern, die progressive Einkommenssteuern, die Vermögenszuwachs- und Wertzuwachssteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuern, die Verkehrssteuern und die Umsatzsteuern, alle belasten die Güterproduktion. Sie verzehren das Geschäftskapital, das Arbeitsplätze schafft, die Arbeitsverhältnisse verbessert und die Löhne erhöht. Der Sozialideologe, der reiche Geschäftsleute und Industrielle schärfer besteuern will, will Produktionsmittel enteignen und damit die wirtschaftliche Voraussetzung für soziale Verbesserung untergraben. Er will einfach nicht einsehen, dass es im Interesse der Arbeiter liegt, dass reiche Unternehmer und Kapitalisten ihr Einkommen in Produktionsmittel anlegen.

Die progressive Erbschaftssteuer ist eine der kapitalfeindlichsten Mittel der Sozialpolitik und somit eine der wirtschaftlichen Gleichheit schädlichste Massnahme. In der Marktwirtschaft besteht das Vermögen eines reichen Bürgers fast ausschliesslich aus Produktionskapital, das wirtschaftliche Güter erzeugt und menschliche Arbeit einsetzt. Nur ein kleiner Teil seines Vermögens besteht aus Verbrauchsgütern, die seinem Bedürfnis und Vergnügen dienen. Erbschaftssteuern fallen durchweg auf den produktiven Teil des Vermögens, verzehren somit Produktionskapital, verringern die Produktivität der menschlichen Arbeit und verschlechtern die Lage der Arbeiter. Die Erben halten aber zäh an dem Restbetrag ihres

Vermögens, das aus Verbrauchsgütern besteht, was den Wohlstandsunterschied zwischen den Unternehmern und Arbeitern sichtlich vergrößert.

In der Marktwirtschaft hat der Arbeitnehmer, der sein Einkommen nur für Konsumgüter ausgibt und dessen weltlicher Besitz nur aus solchen Gütern besteht, einen Lebensstandard, der dem des reichen Kapitalisten sehr ähnlich ist. Die Qualität der jeweiligen Konsumgüter mag wohl etwas unterschiedlich sein - der amerikanische Arbeiter fährt einen Chevrolet-Wagen, der Unternehmer einen Cadillac. Der Arbeiter ist Eigentümer eines sechsräumigen Hauses mit Küche und Bad, der Unternehmer wohnt in zwölf Räumen mit drei Badezimmern. Die Ähnlichkeit beider Lebensweisen ist eine einzigartige Erscheinung der "klassenlosen" kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wenn man damit die Lebenshaltung der asiatischen und afrikanischen Völker vergleicht, die die auf dem Privateigentum beruhende Wirtschaftsordnung scharf verurteilen und ablehnen, so muss man doch mutig folgern, dass für Arbeiter der Kapitalismus die besten Gelegenheiten bietet. Über zehn Millionen deutsche Arbeiter sind in den letzten hundert Jahren in das kapitalistische Amerika ausgewandert, da sie zu der gleichen Überzeugung kamen. Wieviel sind nach Indien, China oder Russland gezogen?

V

Bei der Darstellung einiger Probleme des Verteilungsstaates darf man nicht eine der unheilvollsten Wirkungen der übertriebenen Redistribution übersehen: die Inflation. Darum ist es umso erstaunlicher, dass in diesem Zeitalter der Inflation die populären Lehrbuchdarstellungen der Finanzwissenschaft dieses wichtige

(1)

Problem einfach nicht beachten. Nur wenige Lehrbücher sind von diesem Missverhältnis frei. Als rühmliche Ausnahmen sei verwiesen auf die von Mises, Hayek, Röpke und Schmolders.

Die Inflation ist eine unvermeidliche Folge der der Umverteilung dienenden Finanz- und Währungspolitik. Man kann die Inflation mit einer Sonderbelastung der Geldbesitzer und -verleiher vergleichen. Der Staat ist der grösste Gewinner, da seine Einnahmen infolge der Steuerprogression anziehen und seine Schuld entwertet wird. Ausserdem verschiebt die Inflation das Volksvermögen von jenen Gesellschaftsklassen, die sich nicht vor der Geldentwertung zu schützen wissen, zu den Unternehmern und Eigentümern der Sachgüter. Sie zerrüttert die Verhältnisse des Mittelstandes, der seine Ersparnisse gewöhnlich in Wertpapiere, Lebensversicherungen und Altersversorgung anlegt. Schliesslich bringt sie noch eine neue Klasse hervor, die "nouveaux riches", die es verstehen, aus der Geldentwertung Gewinne zu erzielen.

Der Wertverlust der öffentlichen Schulden und industriellen Effekten versetzt nicht nur Millionen von Sparern schmerzliche Schläge, sondern bringt auch Grosskapitalisten ins Verderben, wenn ihr Reichtum aus Geldmitteln und Wertpapieren besteht. Reiche Börsenmakler, Bankiere, Finanzmänner, Erben, Rentner und Unternehmer im Ruhestand, die vor der Inflation grossen Reichtum besaßen, erleiden schwere Verluste. Alte Vermögen verschwinden, und berühmte Familiennamen verblassen. In ähnlicher Weise bringt

(1) Vgl. etwa Richard A. und Peggy B. Musgrave, *Public Finance in Theory and Practice*, New York, 1973; Bernard P. Herber, *Modern Public Finance*, Homewood, Illinois, 1967; Earl R. Rolph und George F. Break, *Public Finance*, New York, 1961.

die Inflation die Wohltätigkeitgesellschaften, die wissenschaftlichen und literarischen Stiftungen, die Schulen und Universitäten um ihre Anlagen. Aber sie teilt grosse Vermögen jungen, tüchtigen Spekulanten zu.

Aus den Trümmern des Mittelstandes erwachsen die neuen Millionäre, die sich auf die Geldpolitik des Verteilungsstaates gut verstehen und die Folgen der Inflation auf Börsenpreise, Wechselkurse und Zinssätze voraussehen. Sie verstehen die Ursachen und Wirkungen der Inflation und bringen ihre Kenntnis zu einer nützlichen Anwendung. Sie erweitern ihre Geschäfte oder erwerben neue, arrangieren Fusionen mit anderen Firmen oder entwickeln neue Geschäftsstrukturen. Sie bauen Geschäftspyramiden nach einem Inflationmuster und verlassen sich darauf, dass die Inflation ihre schwankenden Schuldpiramiden schnell unterbaut und tragbar macht.

Die jungen Unternehmer und Kapitalisten, die der Inflation und Deflation entrinnen, die Hausse und Baisse überleben und der konfiszierenden Besteuerung entweichen, leisten der wirtschaftlichen Gesellschaft wertvolle Dienste. Sie erhalten das für den Wiederaufbau nötige Produktivkapital. Wenn das Zeitalter der Inflation schliesslich zu Ende kommt, woran kein Zweifel bestehen kann, müssen die Folgen wirtschaftlicher Unvernunft berichtigt werden. Die Kapitalausrüstung muss repariert und erneuert werden, was nur das übriggebliebene Anlagekapital zustande bringen kann.

Wir geben zu, dass die Inflation ein wirksames Instrument des Umverteilungsstaates ist. Aber wirtschaftliche Gleichheit und soziale Gerechtigkeit bringt es uns gewiss nicht.

VI

Es gibt kaum einen Staat mehr, in dem die Kosten der Umverteilung unter einem Drittel des Volkseinkommens liegen und nicht zumindestens ein Drittel der Bevölkerung von den Steuerzahlern unterhalten werden. In den Vereinigten Staaten gibt es 83 Millionen Anspruchsberechtigte, die von 72 Millionen Steuerzahlern unterstützt werden. Die folgende Klassifizierung mag die Lage anschaulich erläutern:

Barzahlungen	Millionen Menschen
Pensionierte und Arbeitsunfähige	29
Witwen und andere Hinterbliebenen	9
Zusatzempfänger	7
Arbeitslose	<u>6</u>
	51
Im Staatsdienst	
Staatsangestellte und ihre Angehörigen	29
Militär mit Angehörigen	<u>3</u>
	32
Gesamtsumme	83
Erwerbstätige in der privaten Wirtschaft	72
Ihre Angehörigen	65
Einwohnerzahl	220

Es kann uns kaum überraschen, dass die erschöpften Steuerzahler sehr aufgeregt und rebellisch sind. Viele haben die Grenze ihrer Geduld erreicht und beklagen sich in Verzweiflung. "Wir haben mehr Staat als wir brauchen und wollen," jammern sie, "mehr Staat als wir bestreiten können, mehr als wir hinnehmen werden." Andere versuchen, in die unaufspürbare Kassawirtschaft unterzutauchen, wo die Geschäfte mit Bargeld geführt und Verdienste nicht angemeldet werden. Nach der neuesten Schätzung sollen dem Zugriff des Schatzamtes jährlich \$175 Milliarden Volkseinkommen, oder \$3,000

pro Familie, entgehen. Dieser Betrag wächst noch stetig an, da die Inflation das Einkommen eines Jeden in immer höhere Steuerstufen hebt.

In der allgemeinen Auflehnung gegen die Steuerlast und dem Gerede vom Steuerstreik spürt man deutlich die Ethik der Selbstverteidigung und das naturgesetzlich Recht des Einzelmanschen auf die Früchte seiner Arbeit. Dennoch müssen wir uns fragen, ob diese natürliche Rückwirkung die nötige moralische Stärke hat, die Umverteilungsideologie zu überwinden. Wir bezweifeln das. Während das Selbstbewusstsein und der Eigennutz doch im Mittelpunkt der Reaktion stehen, beruht die Stärke des Umverteilungssystems auf einer lauten Besorgnis für die Armen und Minderbemittelten. Die progressive Besteuerung ist eine unvermeidlich Folge der Umverteilungspolitik und eine unabwendbare Erscheinung des Hegungssystems. Seine Triebstärke ist das allgemeine Verlangen nach sozialen Einrichtungen und öffentlichen Zustellungen. Es ist somit unlogisch oder sogar schizophren, sich der Vorteile der Umverteilung zu erfreuen, während man Einsprüche gegen die Kostenanweisung erhebt. In ähnlicher Weise ist es unlogisch zu glauben, dass was der Staat für die Menschen tut, ist sozialer Fortschritt, aber seine Steuerlast ist eine Bedrückung. In der Ausdrucksweise eines amerikanischen Schizophrenen: "Meine Bezüge zeigen soziale Gerechtigkeit, Deine sind sozialistisch."

In 1976 besprach der Kongress eine Gesetzesvorlage über die Erbschaftssteuer. In den Verhandlungen erhoben die Vertreter der grossen Industrie- und Handelsverbände ihre Einwände gegen die Steuerlast. Aber nicht einer protestierte gegen die Umverteilungsideologie, die ihre reichen Mitglieder den Steuereinnehmern preisgibt.

Sie alle waren sich einig, dass die progressive Erbschaftssteuer der sozialen Gerechtigkeit entspricht, aber sie selbst nicht zu den reichen Erben gehören. Darauf liess folgerichtig der Kongress die Sätze für die stärksten Wählerklassen herab und erhöhte die (2) der Kapitalisten und Unternehmer.

Die Auflehnung gegen die Steuerlast ist eine lebensfähige politische Bewegung, die an den psychologischen Grenzen der Belastbarkeit zur Geltung kommt. Eine entscheidende Bedeutung kann sie aber nur dann gewinnen, wie sie sich schliesslich mit der Moralität einer Bezugsablehnung verbindet. Nur wenn wir unsere Umverteilungssucht bezwingen, können wir die Opfertiere der Sozialpolitik freilassen. Nur die Vernunft und die Tugend zusammen wahren die menschliche Freiheit.

Hans Sennholz

(2) Vgl. Sennholz, *Death and Taxes*, Washington, 1976.